

Jörg Nobis zur Forderung des Nabu, die Nutzung der Nordsee für Windkraftanlagen einzuschränken:

„Die Energiewende steht im Widerspruch zu den Interessen des Umwelt- und Naturschutzes“

Kiel, 5. März 2020 **Der Naturschutzbund Nabu lehnt einen weiteren Ausbau der Offshore-Windstromerzeugung in der Nordsee ab, weil er negative Auswirkungen für den Natur- und Artenschutz befürchtet. Stattdessen spricht er sich für eine Ausweitung der „Null-Nutzungs-Zonen“ aus. Jörg Nobis, energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Der Nabu beklagt, dass bereits die bestehenden Hochseewindparks, die in der Nordsee bisher 7,5 Megawatt elektrische Leistung erzeugen, der Vogelwelt erheblichen Schaden zufügen und lehnt einen weiteren Ausbau dieser Windparks ab. Damit stellt der Nabu faktisch die gesamte Energiewende in Frage.

Denn zu den Planzielen, die die Bundesregierung zur Umsetzung der Energiewende erfüllen will, gehört auch, die auf See durch Windkraft erzeugte Leistung bis zum Jahr 2050 auf 50 Megawatt zu steigern. Dafür müssten die bestehenden Hochseewindparks in einem für den Nabu unvertretbaren Maße erweitert werden.

Wenn der Nabu diesen massiven Ausbau auf See ablehnt, bliebe jedoch als Alternative nur ein weiterer Ausbau an Land. Dass sich der Nabu einen solchen ernsthaft wünscht, mag man kaum glauben. Denn nicht nur, dass schon jetzt jedes Jahr rund 40.000 Vögel den rund 3.000 Windkraftanlagen zum Opfer fallen, die in Norddeutschland an Land errichtet wurden. Auch die Anwohner der Onshore-Windkraftparks leiden schon heute massiv unter den Lärmemissionen, dem Schattenwurf und dem nächtlichen Warnlicht dieser Anlagen.

Bleibe der Nabu bei seinem Widerstand gegen den Ausbau der Windkraft auf See, hieße dies nicht nur, dass er den Schutz der Tierwelt auf See über den der Tiere an Land stellt. Er würde vor allem den Schutz der Seevögel über die Gesundheit der Bürger stellen, die unter einem massiven Ausbau der Windkraft an Land zu leiden hätten.

Dies lehnen wir eindeutig ab. Einen Ausbau der Windstromerzeugung darf es nur auf See geben. Statt einer unbezahlbaren Energiewende, deren Ziel, durch CO2-Einsparung



den Klimawandel aufzuhalten, technisch gar nicht erreicht werden kann, braucht Schleswig-Holstein einen vernünftigen Energiemix mit Strom zu bezahlbaren Preisen und Versorgungssicherheit.“

Weitere Informationen:

- **SHZ-Artikel** (Print) „Verteilungskampf auf dem Meer spitzt sich zu“ vom 5. März 2020.